

# Wahnschrei

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch  
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ  
Nr. 3 Februar 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvereinigungen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig S — 90

## Worauf warten wir noch?

Seit 1918 erzieht die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft zum Stimmzettel und preist die Geldsack-Demokratie als unantastbares Fetisch, denn die Arbeiterklasse alles opfern müsse. Wahrhaft, die österreichische Arbeiterschaft opfert, darbt und hungert seit 13 Jahren für die Hure Demokratie und übrig blieb ihr, wie selbst die „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. Jänner gestehen muß, „ein bisschen Freiheit und ein bisschen Menschenwürde“. Und selbst dieses „Bisichen“ genießt die Arbeiterschaft mit hungrigem Magen und mit Felzen am Körper. Dem proletarischen Kinde ist diese Gesellschaftsordnung zur Helle, der Jugend zum Nichts geworden. Und im Schatten der Demokratie schleift die faschistische Bestie ihre Messer und errichtet die Galgen...

Um die faschistische Bestie, die sich nach Arbeiterblut durstende Reaktion, die sich im Auftrage des Kapitals zum Aderlaß an der Arbeiterklasse rüstet, zu bezuhnen, haben die pazifistisch-parlamentarischen Bischöfe der Sozialdemokratie, die gottesfürchtigen Anbeter der Demokratie und der Rothschildsanierung zehn Gebote verkündet, über deren „3“-Punkte und Beistriche die Arbeiterklasse bei der Abwehr des drohenden Putsches der Heimwehren nicht hinausgehen soll.

Der Zweck, den dieses Dokument beabsichtigt, ist elende Halbheit, der Geist, den es atmet, ist konterrevolutionar, sein Inhalt erbarmlichste Kriecherei vor der „republikanischen“ (???) Staatsgewalt und ihren Representanten; praktisch stellt es den verzweifelten Versuch dar, das Buresch-Regime — sich über alle Rücksichten auf die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft hinwegsetzend — zu tolerieren.

Wie sieht es mit der republikanischen Staatsgewalt? Hat der 13. September nicht klar gezeigt, daß sie gegen den Faschismus im Schnecken tempo marschiert und seinen Rückzug deckte! War nicht der Freispruch Primers, der Voitsberger Arbeitermord und der Ottakringer Waffenraub ein Alarmzeichen, das den wahren Charakter der Staatsgewalt enthüllte!

„Am 13. September marschierte beileibe nicht die gesamte reaktionär-faschistische Masse, sondern nur der, sich auf die abenteuervoll-rabiatischen, verzweifelten halbproletarisch-kleinburglich-bäuerlichen Massen stützende Flügel. Der Putsch scheiterte, da er ohne politische Vorbereitung, nur als militärische Aktion, die reaktionären Massen nicht in Bewegung zu setzen vermochte. Nicht prinzipielle, sondern taktische Erwägungen haben diesmal die gesamte reaktionär-faschistische Front vom Losschlagen abgehalten. Die entscheidenden Kräfte der reaktionär-faschistischen Front liegen nicht in der Heimwehr und ihrem erstarkenden Konkurrenten, bel den Nationalsozialisten, sondern in Wien, im Hauptverband der Industrie, am Schottentring, im Hereseministerium und am Ballhausplatz. Ihr Représentant ist nicht Pfrimer, sondern Seipel.“ („Mahnruf“ Nr. 19.)

Das waren die wirklichen Ursachen des bekannten Ausganges des Heimwehrrputsches am 13. September. Nur parlamentarische Kretinisten können glauben, daß diesmal die Bourgeoisie die Staatsgewalt wieder auf einer „neutralen“ Linie marschieren läst. Während die Tolerierungspolitik von Schlege Bauer, Renner, Deutsch und Comp. sich an den letzten Strohalm, die Buresch-Winkler-Regierung zu klammern versuchen, rüstet Vaugin im Schatten dieser Regierung zum Losschlagen. Die Staatsgewalt, unter deren unterlastiger Duldung, die Deutsch und Rumpal, den Schutzband gegen die „Hochverräter“ marschieren lassen wollen, wird beim kommenden Aufmarsch der faschistischen Banden die Rolle der verfassungsmäßigen Konterrevolution ubnehmen. Die wirkliche Verfassung der burglichen Demokratie steht nicht auf Papier, sondern in den Polizeil-, Gendarmerie- und Heeresuniformen. Diesmal wird die gesamte klerikal-faschistische Reaktion marschieren. Immer mehr verlieren die Zauderer im burglichen Lager, die noch mit Hilfe der Tolerierungspolitik der SP-Führer die „Katastrophe“ zu vermeiden hoffen, an Boden. Welch ein Selbstbetrug und Verrat an der Arbeiterklasse, zu glauben, Buresch-Kunschak, diese „demokratischen“ Reaktionäre ohne Soldaten, werden mit den Austromaxisten gegen ihre Klassen- und Parteigenossen, Seipel, Urban und Starhemberg für die Demokratie kämpfen.

Selbst ein Blinder muß sehen, daß sich die Arbeiterklasse im herannahenden bewaffneten Zusammenstoß mit dem Faschismus, der „republikanischen“ Staatsgewalt gegenübersieht. Was für Anweisungen geben die SP-Führer

in ihren zehn Geboten der Arbeiterschaft in dieser Beziehung? Da heißt es: „Unsere Aktion richtet sich nicht gegen die verfassungsmäßige Regierung und ihre Organe.“ Wenn aber, und das ist mit Sicherheit zu erwarten, die Organe der Bureschregierung oder einer anderen Regierung mit den Heimwehren gemeinsame Sache machen, was dann? Und noch eine Frage: Hat nicht der 13. September gelehrt, daß es mit dem Heimschicken der faschistischen Banden nicht getan ist, um die Gefahr des Faschismus abzuwehren. Denn sie kommt morgen noch frecher und besser gerüstet wieder. Sind nur die bewaffneten Banden unser Feind, der uns bedroht, oder ist es nicht das ganze Hungersystem des Kapitalismus, das die Arbeiterklasse physisch zugrunde richtet? Hat die Arbeiterklasse denn noch etwas anderes als Hunger, Arbeitslosigkeit, Rechtslosigkeit, Massenstouren, Lohnraub und blutige Unterdrückung zu erwarten, so lange das Kapital herrscht? Ist der Faschismus nicht der letzte Ausweg der Kapitalistenherrschaft?

Angesichts dieser Gefahren wagt es die „Arbeiter-Zeitung“ in ihrem Leitartikel, der die zehn Gebote interpretiert, auf den Kapp-Putsch hinzuweisen, der „nahezu ohne Blutvergießen zusammengebrochen, als das deutsche Proletariat die Arme kreuzte“. Welch eine Irreführung der Arbeiterklasse. Der Kapp-Putsch im März 1920 stützte sich nur auf das von Noske gegen die revolutionären Arbeiter bewaffnete Wilhelmische Offizierkorps und stand einer revolutionären zum Teil bewaffneten Arbeiterklasse gegenüber. Der Faschismus im Jahre 1932 stützt sich auf breite kleinburglich-bäuerliche (zum Teil proletarische) Massen, gut bewaffnete Formationen und auf ausschlaggebende Kräfte des Staatsapparates und handelt im Auftrage des Großkapitals, das in der Vernichtung der Arbeiterbewegung die einzige Lösung der Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiterklasse erblickt. Der Kapp-Putsch ist zwar zusammengebrochen, die Arbeiter wurden von der Staatsmacht entworfen, aber die Forderungen der Arbeiter nach Entwaffnung und Auflösung der reaktionären Organisationen sowie die Reinigung des Staatsapparats von monarchistischen Elementen blieb unerfüllt. Die soziale Wurzel des Faschismus — das kapitalistische System — blieb unangetastet.

Eine Arbeiterklasse, die mit „verschankten Armen“ den Faschismus zur Macht kommen ließe, würde diesen Pazifismus bürgt leben. Der Faschismus im Besitze der Macht würde die Arbeiterschaft mit Maschinengewehren zur Arbeit treiben. Den Faschismus kann die Arbeiterklasse nur mit den Waffen schlagen, mit denen er zur Macht kommen will. Der politische Massenstreik kann in diesem Falle nur die Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Bürgerkrieg bedeuten.

Darf sich die Arbeiterklasse mit der Abwehr des faschistischen Staatsstreiches begnügen? Darf sich die Arbeiterschaft freiwillig wieder in das Joch der „demokratischen“ Hungersanierung, des Lohnraubes, der Massenarbeitslosigkeit und Unternehmervillkur, in den Fronddienst der kapitalistischen Ausbeutung begeben; sich ent Waffen lassen und der Reaktion demokratische Freiheit geben, sich abermals zu rüsten? Darf es die Arbeiterschaft dulden, daß die SP-Führer mit der „demokratischen“ Reaktion ein faules Kompromiß schließen, das die „Bestrafung“ der Putschisten der Klassenjustiz und Staatsgewalt uberlast?

Nein, tausendmal nein! Das hieße sich selbst fesseln. Umsonst wäre Proletarierblut geflossen. Soll die Arbeiterschaft warten, bis der Faschismus fertig gerüstet hat? Soll sie aussichtslos weiter hungern? Soll sie weiter das Hungersystem und die Rothschildsanierung dulden? Soll sie tatlos das Losschlagen des Faschismus abwarten?

Nein! Jetzt schon gilt es auf der ganzen Front zur Abwehr zu schreiten. Schuß mit dem Lohnraub und Massenausplunderung. Schluß mit der Tolerierungspolitik der SP-Führer. Schluß mit der Entwaffnung der Arbeiterklasse. Schutz den proletarischen Organisationen. Nur durch den wirtschaftlichen und politischen Abwehrkampf auf der ganzen Linie, kann die Gefahr der Ueberrumpelung durch die Reaktion auf ein Minimum reduziert werden.

Ein „verfassungsmaiges Diktaturregime“ (gleichgültig in welcher parteipolitischen Zusammensetzung) muß in der gegenwärtigen Lage an die Schwelle des offenen Faschismus führen. Vom Diktatur- und Notverordnungsregime bis zum Staatsstreich der klerikal-faschistischen Reaktion ist nur ein Schritt. Von keiner wie immer gearteten, in Verfassung-

paragrafen verstrickten Tolerierungspolitik der SP-Führer darf sich das Proletariat vom schärften Kampfe gegen das Diktaturregime abhalten lassen.

Nur die revolutionäre Arbeiter-Einheitsfront, gestützt auf Kampfbundnisse der proletarischen Organisationen und Aktionsausschusse, wird den Faschismus niederringen. Der Kampf gegen den Faschismus ist ein Kampf gegen das kapitalistische System. Nur im Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft liegt das Pfand zum Sozialismus.

## Wiener Genossen

Freitag, den 5. Februar, findet in Wiewers Gasthaus, Albersstrae 59, um 7 Uhr abends ein öffentlicher Diskussionsabend statt.

### TAGESORDNUNG:

Wie erstet die Arbeiter-Einheitsfront gegen den drohenden Faschismus.

Werbet für die Veranstaltung und für die Schaffung von Propagandagruppen zur Herstellung der Arbeiter-Einheitsfront. Sorgt für zahlreichen Besuch unstrs Diskussionsabends. Alle Parteigenossen und revolutionären Sozialdemokraten, die mit unserem Kampfe für die Kampfbundnis der Arbeiterklasse übereinstimmen, sind eingeladen.

## Proletarische Rundschau

### Regierungsumbildung

#### Verschaffter Rechtskurs.

Der Rücktritt der Bureschregierung ist im Wesen ein Ausdruck der Ohnmacht des Parlamentarismus, die Probleme der in ihren Fundamenten erschuterten Gesellschaftsordnung zu lösen. Praktisch geht es um den außenpolitischen Kurs der Bourgeoisie. Die Absagung Schobers macht, daß sich die Schoberpartei weigert, in die neue Regierung einzutreten, die Bildung einer Mehrheitsregierung unmöglich; denn selbst die Einbeziehung der Heimatblockler gibt praktisch keine Mehrheit. Somit ist die Bildung einer Minderheitsregierung unvermeidlich. Das ist, nest der außenpolitischen Umorientierung von Deutschland auf Frankreich (Zollunion mit Ungarn) der zweite Zweck des Manövers. Damit ist der Vorwand zum Uebergang auf die Diktaturparagrafen der Schober-Danneberg-Verfassung gegeben. Damit hat Seipel erreicht, was er sich als vorläufiges Ziel gesteckt hat. Wer immer Bundeskanzler wird — Seipel, Buresch oder ein anderer, der Kurswechsel im Sinne des monarchistisch-faschistischen Blockes ist offensichtlich.

## Genf

Buresch ist von Genf mit leeren Taschen zurückgekehrt. Dafür hat er eine Reihe von Aufträgen mitgebracht. Die Genfer Fronvogte fordern völlige Einstellung der Investitionen der Bundesbahnen, was eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit und den Ausfall von Steuereinnahmen zur Folge hat. Ferner wird die völlige Entlastung der Staatfinanzen von den Kosten für Arbeitslosenfurorge und soziale Ausgaben gefordert. Die im Auftrage der Fronvogte neuerlich erfolgte Verschärfung der Devisenverordnung, zum Zwecke der Zinsleistung für die Auslandskredite bewirkt, daß die Ausfuhr sowie die Einfuhr weiter zurückgeht und nicht nur die Arbeitslosigkeit verscharf, sondern zum völligen Zusammenbruch des Außenhandels führen muß. Dazu kommen die Auswirkungen des kürzlich errichteten englischen Zollsystems, welches allein die Ausfuhr nach England, die sich auf 8 Millionen Schilling beziffert, in Frage stellt.

Die wirtschaftliche Ohnmacht, mit der die Regierung (der der Fronddienst für die Auslandsschulden höher steht als die Not des eigenen Volkes) dem Zusammenbruch des Außenhandels und dem Verfall des Produktionsapparates gegenübersteht, versucht die Bourgeoisie durch die Verschärfung des Kurses gegen die Arbeiterklasse wettzumachen. Die Fronvogte fordern zur Sicherung ihrer Kredite „Ruhe und Ordnung“, und zu diesem Zwecke ist ihnen jedes Regime in Oesterreich stark, wenn nur ihr Kapital gesichert ist. Der Ruf nach einer starken Regierung, die zu einer „initiativen“ Politik befähigt ist, bezweckt die Mobilisierung der reaktionären Massen zum entscheidenden Sturm gegen die Arbeiterschaft. Ein „verfassungsmaiges Diktaturregime“ scheint der Bourgeoisie der nächste praktische Schritt zu sein auf ihrem Wege zum offenen Faschismus.

## Ein schwerer Kampf der Bücker

Die Bäckerinnung holt zum entscheidenden Schlage gegen das Backerschutzgesetz aus, das in der Provinz durch

die reformistische Kapitulationspolitik fast nur am Papier steht. Seit langem schon verhandeln die Brotwucherer mit Seitz, um für Wien den Halb-fünf-Uhr-Arbeitsbeginn durchzusetzen. Unter dem Drucke der Bäckergehilfen mußte Seitz davon Abstand nehmen.

Nun scheint den Brotwucherern die Zeit gekommen, um aufs ganze loszugehen. Warum soll uns nicht gelingen, was bisher fast allen Arbeiterschichten beschieden war, sagen sich die Bäckermeister und fordern in einem Ultimatum an die Gewerkschaft deren Zustimmung zur gesetzlichen Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes und der Sonntagsruhe sowie die Aufhebung der kollektivvertraglichen Bestimmungen über die sogenannten Benefizien, worunter die Weihnachtsremuneration und der Urlaubszuschuß gemeint sind. Zu diesem Zwecke haben die Unternehmer in der Provinz bereits einige Kollektivverträge gekündigt. In diesem Kampfe geht es um alles, was den Novembersturz den Bäckern brachte, sofern insbesondere in der Provinz und in Praxis das Bäckerschutzgesetz noch in Geltung ist. Es geht darum, ob die Bäcker wieder in die kulturwidrige Sklaverei der Nachtarbeit gepreßt werden sollen, die heute, bei einer durchschnittlich hundertprozentig gesteigerten Arbeitsleistung, zur physischen und geistigen Vernichtung verurteilt worden. Und all das soll den Profitinteressen der Brotwucherer, die zu den skrupellosesten Ausbeutern zählen, dienen.

Dieser Kampf kann nicht von den Bäckern allein ausgefochten werden. Hier muß die Solidarität der ganzen Arbeiterschaft einsetzen. Die Bäckergehilfen müssen darauf dringen, daß die gesamte Gewerkschaftspressen und die proletarischen Tageszeitungen mit einer großen Aufklärungskampagne einsetzen, damit es den Brotwucherern nicht gelingt, die öffentliche Meinung für ihre Geldsackinteressen einzustellen.

Nicht nur das „Aergste“ gilt es abzuwehren, sondern jede Verschlechterung des bisherigen Zustandes muß mit allen Mitteln verhindert werden. Gerade dieser Kampf muß zum Anlaß genommen werden, um auf der ganzen Linie dem Bäckerschutz gebührende Geltung zu verschaffen. Nicht von der Gewerkschaftsbürokratie kommt der Widerstand gegen diesen unerhörten Anschlag auf die Bäckergehilfen; dieser muß in den Betrieben von den Arbeitern organisiert werden. Dieser Kampf wird an die proletarische Solidarität die höchsten Anforderungen stellen.

## Vor einem Großkampf im Bau-gewerbe

Die Kollektivverträge von rund 60.000 Bauarbeitern sind in Wien und in der Provinz von den Unternehmern gekündigt worden. Endlich sollen die verhaßten „hohen Löhne“ der Bauarbeiter empfindlich gekürzt werden. Das bisherige System der betriebsweisen Kürzungen soll durch einen Generallohnraub seinen vorläufigen Abschluß finden.

Obgleich die Gewerkschaftsbozzen das Bestreben haben werden, die von den Unternehmern auf der ganzen Linie aufgerollte Kampffront branchenweise zu zersplittern, müssen sich die Arbeiter die Aufrollung der Kampffront auf der breitesten Grundlage, als erste Voraussetzung zur erfolgreichen Abwehr des Unternehmergriffes, zum Prinzip machen.

Ebenso klar muß es der revolutionären Gewerkschaftsopposition sein, daß dieser Kampf nicht ohne und gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erfolgreich geführt werden kann. Will sich die RGO nicht isolieren, so muß die innerhalb der Gewerkschaft für die entschlossene Kampfführung kämpfen und trachten ihren Einfluß innerhalb des Bauarbeiterverbandes zur Geltung zu bringen. Eine Wiederholung der alten Taktik und Methoden würde sich nicht nur gegen die revolutionären Ziele der RGO, sondern auch gegen die Interessen der Bauarbeiter wenden.

Die Fehler der RGO in den letzten großen Lohnkämpfen bestanden nicht, wie die „RF“ vom 17. Jänner feststellte, im Vergessen „die Verbindung mit den übrigen Arbeitern, die nicht streikten, herzustellen“, sondern lag in der ultralinken Taktik, die zur Isolierung der RGO von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zwangs-läufig führen mußte. Das ZK hat nicht den Mut, ihren verüblichen RGO-Kurs von gestern vor der Mitgliedschaft über Bord zu werfen, daher das Abwärtens der Niederlagen auf die Mitglieder der RGO. Will das ZK seinen wahnsinnigen RGO-Kurs wirklich liquidieren, so ist vor allem ein offenes Bekenntnis vor der Mitgliedschaft und die Los-sagung von den „theoretischen“ Grundlagen, die diesen Kurs zu „rechtfertigen“ suchten, notwendig.

Eine zum Schein richtige Forderung muß sich in ihr Gegenteil kehren, wenn die „RF“ in der erwähnten Ausgabe in etatsmäßiger Zweideutigkeit feststellt: „Es gibt kein erfolgreiches Anknüpfen gegen den Lohnabbaupakt der Gewerkschaftssekretäre, wenn die RGO sich nicht mit den Massen verbindet.“ Man muß den Mut haben hinzuzufügen, sich innerhalb der freien Gewerkschaften mit den organisierten Arbeitern zu verbinden und im Rahmen der Gewerkschaften um die revolutionäre Kampfführung zu kämpfen. Das schließt die Einbeziehung der Unorganisierten in die RGO nicht aus, sondern macht ihre Ueberführung in die Gewerkschaft erst möglich. Eine RGO, die nicht in den Gewerkschaften verurzelt ist, ist zur Ohnmacht und Einflußlosigkeit verurteilt.

## Erhöhung der Zinsgroschensteuer

Die Regierung, die vor kurzem zugunsten der 250 reichsten Leute von Wien gegen die Erhöhung der Wohnbausteuer Einspruch erhob, verfügt über so viel Zynismus, um gleichzeitig allen Mietern Oesterreichs die Zinsgroschensteuer um die Hälfte des bisherigen Betrages zu erhöhen. Die Zinsgroschensteuer des Bundes ist das Produkt des Mieterschutzkompromisses vom Jahre 1929. Damals fanden sich Streuerwitz und Danneberg auf der Linie, daß der Hauptausschuß des Nationalrates über das Ausmaß dieser Steuer entscheiden solle. Das gesetzliche Höchstausmaß wur-

de damals auf 3 Groschen pro Friedenskronen festgelegt. Am 1. August 1931 wurde die Zinsgroschensteuer von einem auf zwei Groschen erhöht. Das heißt, wenn ein Mieter vor dem Kriege 30 Kronen Monatsmiete bezahlte, entrichtete er für jede Friedenskronen 2 Groschen (bis 1. August einen Groschen), das sind 60 Groschen Steuer. Nun wird ab 1. Februar die Zinsgroschensteuer auf das gesetzliche Höchstausmaß von drei Groschen erhöht, das heißt, jeder Mieter mit 30 Kronen Friedenszins bezahlt ab 1. Februar 90 Groschen.

Dieser Belastung sind die Pfründner, Ausgesteuerten und Arbeitslosen ebenso unterworfen wie die reichsten Leute Oesterreichs. Die Verhandlungen im Hauptausschuß wurden geheim erklärt, um sich nicht in die Karten blicken zu lassen. Bisher wurden die Mittel der Zinsgroschensteuer, die ganz besonders die Bewohner der Provinz belastet, die ohnehin eine mehrfache Besteuerung des Mietzinses durch Land und Gemeinden zu tragen haben, hauptsächlich zum Bau von Villen für die Besitzenden verwendet, und gibt den Häuserschießern Gelegenheit, billig zu Häusern zu kommen.

Die Sozialdemokratie, die ganz entrüstet so tut, als ob sie diesen neuerlichen Raubzug in die Taschen der Arbeiter für die Parasiten verhindern wollte, ist mitverantwortlich. Sie gab der bürgerlichen Mehrheit die gesetzliche Möglichkeit, von jedem Proleten den Tribut von 90 Groschen monatlich für den Bau von Bourgeoiswohnungen einzuheben. So zahlt die Arbeiterschaft die Zeche der sozialdemokratischen Politik.

## Brotwucher

Am 7. Jänner wurde der Brotpreis in Wien dadurch erhöht, daß die Brotwucherer im Einvernehmen mit der Regierung das Gewicht um 5 Deka herabsetzten. Beachtet man, daß am 1. September der Brotpreis von 74 auf 80 Groschen, bei gleichzeitiger Gewichtsteigerung von 110 auf 126 Deka erhöht wurde, und bereits am 18. November das Gewicht wieder um 5 Deka, also mit der Gewichtsverminderung vom 7. Jänner um insgesamt 10 Deka herabgesetzt wurde, so haben wir es mit einer Preissteigerung von fast 11 Prozent zu tun.

## Wie die KPD. entworfen wurde Einige Worte an die jungen Kadrs der Partei

Wir entnehmen diesen Artikel unserem deutschen Bruderorgan „Der Kommunist“.

Unsere Partei zählt gegenwärtig, nach Angaben des Apparates, 360.000 Mitglieder, davon 42.000 allein in Berlin.

Unsere Partei stützt sich heute in den entscheidenden Industriezentren auf die Sympathien der Mehrheit der Arbeiterklasse; die kommenden Preußenwahlen werden aller Wahrscheinlichkeit nach demonstrieren, daß in den industriellen Gebieten Preußens unsere Partei die SPD. erreicht, bzw. überflügelt.

Unsere Partei verfügt über viele Zehntausende Genossen, die der Partei und der revolutionären Idee treu ergeben sind, die tagtäglich beweisen, daß sie vor keinem Opfer zurückschauen.

Und dennoch erweist sich unsere Partei immer offenkundiger als innerlich morsch, als völlig aktionsunfähig. Keine einzige ihrer Parolen mobilisiert die Massen, keine ihrer Aktionen gelingt, lähmende Erfolglosigkeit haftet allem an, was die Parteiführung unternimmt.

In den unteren Organisationen zerbrechen sich die besten und aktivsten Genossen den Kopf über die bedrohliche Lage der Partei. „Warum kommen die Massen nicht, wenn wir sie zur Aktion rufen“, fragen sich die Parteigenossen, von denen weit mehr als die Hälfte erst im Laufe des Jahres 1931 in die Partei eintrat.

„Warum werden unsere Genossen in der Partei nicht aktiver?“

„Warum ist die Fluktuation in der Partei so groß?“

Alle diese Fragen beschäftigen unsere Parteigenossen; ihre Führer, vom „bolschewistischen ZK“ bis zu den Instruktoren belehren sie darauf, daß die Parteilinie richtig, so richtig wie nie zuvor sei, daß aber sie selbst, die jungen Parteigenossen, noch nicht verstehen, die Linie „anzuwenden“.

„Wie lange bist Du in der Partei?“ fragt der Polleiter des ÜB. den kritisch eingestellten Genossen in der Zelle. „Ein Jahr“ ist im allgemeinen die Antwort. „Siehst Du, ich bin bereits acht Jahre in der Partei, da muß ich ja die Dinge besser verstehen“, antwortet der Bürokrat.

Sieht der Genosse noch nicht ein, daß er „zu dumm“ und zu „unreif“ ist, dann allerdings ergeht es ihm schlimm.

So wächst in der Partei, je zugespitzter die Situation wird, je stärker der Widerspruch zwischen den riesenhaften Stimmzahlen und der realen Ohnmacht der Partei wird, eine gefährliche Theorie, die sich ungefähr auf folgende Formel bringen läßt: „1923 wollten die Massen kämpfen, aber sie wurden von einer verräterischen Führung gehindert, 1932 haben wir eine revolutionäre Führung, aber die Arbeitermassen wollen nicht kämpfen.“

Haben wir wirklich jetzt eine „revolutionäre Führung“ in der Partei? Ist wirklich eine Linie richtig? Sind es wirklich die Massen, die schuld sind?

Wir stellen die Fragen so primitiv, so „voraussetzungslos“, weil wir wissen, daß die junge Partei-masse sowohl in der Fluktuation als infolge des völligen Mangel einer ersten politischen Schulung die Wendungen des Parteiapparates im Laufe der letzten zwei Jahre gar nicht zu übersiehen und zu

überprüfen vermag. Gerade das erschwert unseren Kampf in der Partei außerordentlich.

Wir wollen daher an einer Reihe entscheidender Fragen im Lichte der Erfahrung den Kurs der Partei seit ihrem letzten Parteitag überprüfen.

## Sozialdemokratie und Faschismus

In der letzten Nummer der „Internationale“ (Nr. 1, 1932) schreibt W. Hirsch, gegenwärtig der führende Theoretiker der Partei, der auch unter dem Pseudonym „Ernst Thälmann“ in derselben Zeitschrift Artikel veröffentlicht, folgendes: „Gerade in den letzten Wochen tauchte unter Teilen der Arbeiterschaft, vor allem Sozialdemokraten, aber auch unter Parteigenossen, eine irreführende Fragestellung auf, die ungefähr lautete: „Wenn es durch eine Hitlerregierung zur offenen faschistischen Diktatur in Deutschland käme, was soll dann geschehen?“ (S. 32.)

Was antwortet der „Theoretiker“ der Partei den revolutionären Arbeitern, den eigenen Parteigenossen, die sehr gut begriffen haben, daß der Faschismus droht und daß man ihn mit allen Mitteln bekämpfen muß? W. Hirsch antwortet ihnen:

„Erstens ist es unmöglich, Hitlerregierung und offene faschistische Diktatur einfach gleichzusetzen. Denn das würde bedeuten, daß wir die Rolle der Brüning und Severing für die Durchführung der faschistischen Diktatur unterschätzen und ihnen bescheinigen würden, daß sie zur offenen faschistischen Diktatur nicht fähig und nicht willens sind.“ (S. 32.)

Ihr Arbeiter wollt wissen, was Ihr zu tun habt, um Hitler abzuwehren? Halt, ruft Euch der weise Theoretiker, der Ratgeber Thälmanns, zu, Ihr unterschätzt, daß der Faschismus genau so gut von der SPD. verkörpert wird!

Das klingt furchtbar radikal. In Wirklichkeit ent-waffnet dieser „Radikalismus“ die Partei und verhindert sie, sich gegen den Todfeind, — und das ist Hitler — zu rüsten. W. Hirsch steht aber mit dieser Auffassung nicht allein. Er kann sich auf Stalin berufen, der bereits 1924 feststellte:

„Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäigte Flügel des Faschismus.“

Und der Weddingger Parteitag hatte in seinen Thesen nicht weniger „klar“ proklamiert:

„Die Sozialdemokratie bereitet als aktive organisierende Kraft die Errichtung der faschistischen Diktatur vor.“ (S. 17.)

Auf dem Boden dieser Theorie hat die Partei jahrelang in jedem Arbeiter einen „Sozialfaschisten“ gesehen, hat die „R. F.“ bis März 1930 zum Kampf gegen den „kleinen Zörgiebel im Betrieb“ aufgerufen.

Der Weddingger Parteitag hat bereits verkündet: „Auf Grund der sozialfaschistischen Entwicklung, auch der unteren Kadrs der SPD, werden die Illusionen in der Arbeiterschaft zerstört, daß ein Unterschied zwischen der Führung der SPD. und dem unteren Funktionärskader der SPD. besteht.“ (S. 84.)

Es war nur folgerichtig, wenn 1930 die „R. F.“ in einem Artikel „Betriebsrätewahlen“ schrieb:

„Man muß beweisen, daß die sozialfaschistischen Betriebsräte und Funktionäre im Betrieb die Statthalter der blutbefleckten Noske-Severing-Zörgiebel-Politik sind. . . daß sie ebensolche Bluthunde sind, wie die Noske, Severing oder Zörgiebel.“

Ist es nicht klar, Parteigenossen, daß Eure Führer auf diese Weise Euch von den sozialdem. und gewerkschaftlichen Arbeitern isolierten?

Ist es nicht klar, daß auf diese Weise die ganze Partei geistig entworfen wurde, daß sie abgestumpft wurde gegen die drohende faschistische Gefahr? Ist es nicht klar, daß diese Einstellung, selbst als sie im März 1930 wesentlich abgeschwächt wurde, unsere sozialdemokratischen Klassengenossen weit von uns stoßen mußte, daß wir hier eine der Hauptwurzeln für den relativen Erfolg der SAP. sehen müssen?

## Die Partei und Faschismus

Als der Faschismus 1930 sprunghaft zu wachsen begann, und im Verlaufe dieses Wachstums eine gewisse Krise durchmachte (Strasser), da erklärte unsere Führung: „Spaltung und Zersetzung des Faschismus.“

Wir Linken waren es, die damals schrieben: „Die Abspaltung bei den Faschisten ist nicht ein Ausdruck des Verfalls. . .“ („K.“ Nr. 6, Ende Juli 1930.)

Erinnert Ihr Euch, wie die „R. F.“ damals schrieb:

„Sie (die Massen, Anm. d. Red.) beginnen genau zu bekommen von den Huggenberg und Hitler. . . Auch auf dem flachen Lande. . . wurde in den letzten Monaten der Vormarsch der Hakenkreuzler zum Stillstand gebracht.“ (R. F. vom 9. Mai 1930.)

Was antwortete damals, vor zwei Jahren, die Linke Opposition?

„Bei vielen Arbeitern entsteht ein Gefühl der Ohnmacht angesichts des stürmischen Aufstieges des Faschismus, eine faschistische Einstellung wird bemerkbar. Gerade diese Erscheinungen im Proletariat sind besonders gefährlich, gerade die Wirkung benötigt der Faschismus, um zu siegen“ (K. Nr. 5, Anfang Juli 1930.)

Hat Euch nicht die Linke mit Recht gewarnt, Parteigenossen?

Erinnert Ihr Euch noch, wie die „R. F.“ am Tage nach den Reichstagswahlen schrieb:

„Gestern Abend war Herrn Hitlers „größter Tag“, aber der sogenannte Wahlsieg der Nazis ist der Anfang von ihrem Ende.“ (R. F. vom 15. September 1930.)

Am nächsten Tag ging die „R. F.“ wöglich noch einen Schritt weiter, indem sie schrieb: „Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein.“

Was antworteten wir Linken darauf? „Die Hoffnung auf die Selbstzerstörung des Faschismus ist ebenso trügerisch wie reformistisch, denn sie übersieht den entscheidenden Faktor in der politischen Entwicklung: die Politik der revolutionären Partei.“ („K.“ Nr. 10, Ende September 1930.)

Wer hat Recht behalten? Wie oft hat die Parteiführung bereits erklärt, daß die faschistische Diktatur bereits aufgerichtet sei: „Das ist nicht mehr die Vorbereitung, sondern der Beginn der Faschistenherrschaft in Deutsch-

land, aufgerichtet mit den blutigen Händen der sozialdem. Partei.“ (R. F. vom 17. Jänner 1930.) Und ein halbes Jahr später wurde die faschistische Diktatur von neuem aufgerichtet, diesmal aber von Brüning, erklärt uns die „R. F.“ „Hindenburgs schwarzer Kanzler hat gestern die faschistische Finanzdiktatur mit Hilfe des Artikels 48 erklärt.“ (R. F. vom 17. Juli 1930.)

So wurde seit Jahren die Partei politisch erzogen! Mit solchen „Analysen“ wurden die jungen Parteikadaver aufgefäpelt! Ist es nicht offenkundig, daß diese Zickack-Linie nichts gemein hat mit dem revolutionären Marxismus, daß diese „Linie“ bankrott ist, so bankrott, wie niemals eine Parteiführung bankrott war?

Diese Führung entwarfinit die Partei geistig; sie zersetzt die Partei. Sie verwirrt die Kadaver. Sie lähmt und vergiftet das ganze revolutionäre Proletariat. Man muß diese Führung zum Teufel jagen, denn sie erschlägt jeden Versuch der Arbeiterklasse zu kämpfen, indem sie die Partei durch das Gift zentristischer Irrlehren entmamt.

## Die Spaltung bei den Rechten in Deutschland

Mit dem Ausschluß der Gruppe Walcher, Frölich, Enderle, Frank und Genossen aus der Brandlergruppe ist die permanente Krise der rechten Fraktion in ein entscheidendes Stadium getreten.

Brandler und Thalheimer haben den hoffnungslosen Versuch unternommen, auf der Grundlage von taktischen Differenzen mit der deutschen Partei eine große Fraktion aufzubauen, die die Komintern zwingen sollte, mit ihr „von Macht zu Macht“ zu verhandeln. Anfangs versuchte Brandler und Thalheimer durch eine laise Kritik an dem Stalinschen Regime zarte Fäden zu Bucharin, Rykow, Tomski zu spinnen; die Kapitulation der russischen Rechten beraubte sie der Hoffnung, innerhalb der russischen Partei Bundesgenossen zu finden und so vollzogen sie im Dezember 1930 eine schroffe Wendung, indem sie vorbehaltlos das Stalinsche Regime als „historisch notwendig“ anerkannten. Eine entscheidende Rolle bei dieser Wendung hat Radek gespielt, der seine ehemaligen Freunde wissen ließ, Molotow wäre einer Rückkehr der Brandlerianer in die Komintern nicht abgeneigt. Ob Radek manövrierte oder ob er die Rechten in Deutschland bewußt im Auftrage Stalins zersetzte, das ist heute noch nicht ganz klar.

Aengstlich jeder ersten grundsätzlichen Diskussion ausweichend, stets bestrebt, Brücken zu Stalin zu schlagen und voll organisch-opportunistischer Gleichgültigkeit gegenüber allen internationalen Fragen, haben Brandler und Thalheimer, vorwärts getrieben von einem jungen ehemaligen Kominternbürokraten der — in der Rolle des „Ratgebers“ — den Infiltrator der giftigsten und schmutzigsten Angriffe der Brandlerianer gegen Trotzki und uns spielt, ihre Gruppe zersetzt und in den Zustand der Fäulnis gebracht.

Die Opposition gegen diesen Kurs wurde bereits vor mehr als einem Jahre von Walcher und Frölich aufgenommen. Aber diese Opposition zeigte von Anfang an einen zwiespältigen Charakter. Indem sie in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung die Position der Brandlerianer von 1923 vertrat und die Preisgabe dieser durch und durch opportunistischen Position durch Brandler heftig bekämpfte, vertrat die Gruppe Walcher den opportunistischen Charakter des Brandlerismus in seiner vollendeten, geschichtlich verhängnisvollsten Form.

Von vielen wurde der kritische Gesichtspunkt, den insbesondere Paul Frölich gegenüber dem Stalinschen Regime entwickelte, als eine „Linksentwicklung“ dieser Strömung aufgefaßt. Ansätze zu einer solchen Entwicklung waren vorhanden; aber unter

den Bedingungen des offenkundigen Versagens der KPD, der ungeheuren Steigerung aller Widersprüche im Lager des Kommunismus und des Fehlens einer klaren, prinzipiellen Basis ist die Gruppe Walcher — Frölich mehr und mehr unter den Einfluß des offenen Liquidatortentums geraten, dessen extremsten Vertreter Karl Frank darstellt. Statt ihre Hoffnung auf den proletarischen, revolutionären Kern der KPD zu setzen, hat diese Strömung den Glauben an eine Reform der Partei völlig aufgegeben und versucht jetzt, auf dem Wege dunkler Manöver, die SAP in die Partei des „wahren, deutschen Kommunismus“ umzugestalten. Aus den historisch bedingten Fehlern Rosa Luxemburgs, insbesondere aus ihren Einwänden gegen die Bolschewiki, werden jetzt die Elemente dieses echt-deutschen Kommunismus geschaffen werden. Das Zusammenspielen dieser Gruppe mit verschiedenen Richtungen in der SAP erfolgt unter einem einzigen, strategischen Ziel: einen Damm zwischen den „gesunden Arbeitern der SAP“ und der „verfaulten, kontrövolvierten KPD“ aufzurichten! Die Logik dieses Kampfes wird die Gruppe Walcher — Frölich auf den von Ströbel verlassenen Platz in der SAP führen — auf den rechten Flügel.

Wir verschweigen nicht, daß wir diese Entwicklung der ehrlichsten, aber in den Traditionen der nationalen Selbstbeschränkung erzogenen Genossen der rechten Fraktion tief bedauern, mit jenem Bedauern, das Lenin erfüllte, als sich Gorki von den Grundprinzipien des historischen Materialismus abwandte. Wir haben während eines Jahres versucht, den Genossen zu helfen, gerade die positiven, kritischen Ansätze zu entwickeln. Es war umsonst —

Die Kampffähigkeit der rechten Fraktion wird durch diese Spaltung entscheidend geschwächt. Sie verliert in Berlin von 400 Mitglieder rund ein Drittel, die Ortsgruppe Offenbach (Hessen) mit 450 Mitgliedern; ferner spalten sich die Gruppen in Hamburg, Bremen, Dresden, die Bezirke Mitteldeutschland, Niedersachsen usw.

Die Tageszeitung der Rechten wird ab 1. Februar nur mehr wöchentlich erscheinen. —

Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Verbündeten der Rechten in der Internationale sich von Brandler trennen werden. Dies gilt insbesondere von der schwedischen, schweizer und eisässischen Gruppe; während die Lovestone-Gruppe in U. S. A. bei Brandler bleibt, ebenso, wenn auch zögernd, die tschechische Rechte.

Wir glauben, daß trotz aller Kapitulationsabsichten, Brandler und Thalheimer noch längere Zeit werden das Leben „verhinderter Kapitulant“ führen müssen.

rätereien und in der Stärkung des ihnen von den Arbeitern entgegengebrachten Vertrauens. Die junge kommunistische englische Partei wurde dadurch tief demoralisiert. Die ganze Autorität der Oktober-Revolution, der sozialistischen Sowjetunion, des Bolschewismus, wurde in jenen Jahren für die Unterstützung und Stärkung der konservativen, servilen Tendenzen in der Arbeiterklasse eingesetzt.

Als die Labouristen, nachdem sie die Stalinisten bis zu Ende ausgenutzt hatten, diese mit einem Fußtritt wegstießen, wurde die Phase des Trade-Unionismus mechanisch ersetzt durch die Phase der ultra-linken Sprünge zu Ehren der „3. Periode“. Die Losung „Klasse gegen Klasse“ wurde jetzt ausgelegt als Losung des Kampfes einer Handvoll Kommunisten gegen „das sozialfaschistische“ Proletariat. Während gestern Purcell und Cook Freunde, zuverlässige Verbündete von der UdSSR gewesen waren, verwandelten sich heute die Arbeiter, die für Purcell und Cook stimmten, in Klassenfeinde. Das ist die Bahn der englischen Kommunistischen Partei, richtiger, der Komintern. Kann man einen noch besseren Weg ausdenken, das Prestige des Kommunismus zu lockern und das Vertrauen der aufwachsenden Arbeiter zur Partei zu untergraben?

Die Moskauer Bürokratie der Komintern, die jedesmal mit der Nase an eine neue Sackgasse anstößt, kommandiert die Schwenkung nach links oder nach rechts. Das ist nicht schwierig. Alle diese Kuschnens, Manuškis, Losowskis und andere Beamte sind nicht nur frei von ernsthafter marxistischer Vorbereitung und jedem revolutionären Gesichtskreis, sondern auch, — und das ist das Wesentlichste — frei von irgendwelcher Kontrolle der Massen. Ihre Politik hat einen rein kanzleimäßigen Charakter. Ein taktischer Umschwung stellt bei ihnen nur ein neues Zirkular dar. Das ZK der englischen Kommunistischen Partei führt die Befehle nach Maßgabe der Kräfte aus.

Aber alle diese Zirkulare gehen über die entsprechende Politik ins Bewußtsein der Massen ein. Die bürokratischen Bankrottreden denken, daß man der Arbeiterklasse mechanisch ihre Leitung aufdrängen kann, auf der einen Seite mit Hilfe der Rasse und von Repressionen; auf der anderen — mit Hilfe plötzlicher Sprünge, Verwischung der Spuren und Verleumdung. Aber das ist durchaus nicht so. Die englischen Arbeiter denken langsam, denn ihr Bewußtsein ist mit dem Kechnicht von Jahrhunderten verschüttet. Aber sie denken. Einzelne Artikel, Aufrufe, Losungen gehen gewöhnlich unbemerkt an ihnen vorbei. Aber eine ganze Periode der Politik (englisch-russisches Komitee und die „3. Periode“) geht auf keinen Fall spurlos vorüber, zum mindesten nicht für den vorersten, beweglichsten, kritischsten und revolutionärsten Teil der Arbeiterklasse. Wenn man sich die Erziehung des revolutionären Bewußtseins bildlich als das Einschneiden eines Schraubengewindes vorstellt, so muß man sagen, daß die Leitung der Komintern jedesmal nicht das Material, nicht das Kabel und nicht die Richtung nimmt, die nötig ist, und deshalb das Gewinde unterbricht, es zerbröckelt und zerstört. Ohne die geringste Ueberbetreibung kann man versichern, daß, wenn seit 1923, aber in England besonders seit 1925, überhaupt keine Komintern existiert hätte, wir dann heute in England eine unvergleichlich bedeutendere revolutionäre Partei hätten. Die letzten englischen Wahlen zeigen das mit schrecklichster Ueberzeugungskraft.

Hier besteht die Aufgabe den Linken Opposition. Die englischen Kommunisten, unter denen selbstverständlich viele ergebene, ehrliche und aufopferungsfähige Revolutionäre sind, können nicht anders als entmutigt sein durch die Resultate einer 10-jährigen Arbeit noch dazu unter ausnahmeweise günstigen historischen Bedingungen. Pessimismus, Gleichgültigkeit können sich der besten Revolutionäre bemächtigen, wenn sie nicht die Gründe der eigenen Schwäche verstehen, und keinen Ausweg finden. Kritisch, d. h. im Lichte des Marxismus, den durchlaufenden Weg der Partei zu beleuchten, ihre Zickzacks, ihre Fehler, die theoretischen und sozialen Wurzeln ihrer Fehler bloßlegen, — das ist die erste und notwendige Bedingung für die Wiedergeburt der Partei. Man muß im Besonderen, wenn es bisher noch nicht geschehen wurde, mit der Veröffentlichung der wichtigsten Dokumente der internationalen Linken Opposition in der Frage des englisch-russischen Komitees beginnen. Hier ist die Ausgangsposition für den linken englischen Flügel.

Die Linke Opposition in England, wie auch der Kommunismus überhaupt, hat das Recht, mit einer großen Zukunft zu rechnen:

Der englische Kapitalismus stürzt vor den Augen aller von einer grandiosen geschichtlichen Höhe in den Abgrund. Man kann mit Ueberzeugung aussprechen, daß die jetzigen Wahlen ein letztes, gigantisches Auflodern der nationalen „Größe“ der englischen Bourgeoisie darstellen. Aber es ist das Auflodern einer erlöschenden Lampe. Für diese Wahlen wird die offizielle englische Politik in der nächsten Periode teuer bezahlen müssen. Der Bankrott der großen nationalen Nullen aus drei Parteien sowie der weitere Bankrott des englischen Kapitalismus ist vollständig unvermeidlich. Ungeachtet aller Hindernisse durch die heutige Leitung der Komintern gräbt der Maulwurf der englischen Revolution zu gut seine unterirdischen Gänge. Man hat alle Ursache, darauf zu hoffen, daß diese Wahlen auch das letzte Auflodern der Hoffnungen von Millionen Arbeitern und Angestellten auf die Kapitalisten, Lords, auf die Gescheiten, Gebildeten und reichen Leute darstellen, der Hoffnung, daß diese, indem sie sich zusammen mit Macdonald vereinigen, das Geheimnis der Rettung Großbritanniens und des sonstigen Puddings finden werden. Diese Herrschaften werden keine Geheimnisse entdecken. Denn es gibt nur ein wirkliches Geheimnis: die proletarische Revolution. Gerade die jetzigen Wahlen bereiten den Schiffbruch für die konservative und servile Seele des englischen Proletariats und, folglich, den mächtigen Aufschwung seines revolutionären Geistes vor.

Jedoch, unmittelbar bringt der Sieg der konservativen schweren Prüfungen für das englische Proletariat und eine Verstärkung der internationalen Verwickelungen mit sich. Besonders — Gefahren für die UdSSR. Hier sehen wir aufs neue, wie wenig Nutzen das ununterbrochene Gewinnen über seinen „Schutz“ Rulland bringt. Im Laufe von 2-3 Jahren

## Die Lage in England

Von L. Trotzki

Einer meiner englischen Freunde schrieb mir am 9. Oktober, also vor den Parlamentswahlen, von dem schnellen Anwachsen der Kommunistischen Partei und von einer bestimmten Annäherung der breiten Massen der Unabhängigen Arbeiterpartei an den Kommunismus. Mein Korrespondent schrieb auch von einer Belebung der Minderheit in den Trade-Unions und einer wachsenden Führung von sporadischen Streikbewegungen seitens dieser Minderheit. Diese bruchstückhaften Mitteilungen erlaubten, auf dem Hintergrund der Weltkrise und der tiefen nationalen Krise Englands anzunehmen, daß in den letzten 2-3 Jahren eine ziemlich bedeutende Erstarbung der kommunistischen Bewegung stattfand. Die Wahlen brachten in dieser Beziehung eine volle Enttäuschung. Von den vielen hunderttausend Stimmen, die die Labouristen verloren, zog die Partei im besten Falle 20.000 auf ihre Seite, was bei der Erhöhung der Wahlteilnehmer im Ganzen eine völlig unbedeutende Konjunkturschwankung darstellt, aber nicht eine irgendwie ernsthaft politische Eroberung. Denn wo ist der Einfluß der Partei unter den Arbeitlosen? Unter den Bergarbeitern? In der jungen Arbeitergeneration, die jetzt zum ersten Mal wählt? In der Tat, das Wahlergebnis bildet das fürchterlichste Urteil über die Politik der Partei und der Komintern. Ich verfolgte die Taktik der englischen Partei im Verlauf des letzten Jahres wenig und nehme es nicht auf mich, zu urteilen, was sie gelernt hat, und ob sie irgend etwas Ernsthaftes gelernt hat. Aber für mich ist es völlig klar, daß, unabhängig von ihren neuen und neuesten Fehlern, die Kommunistische Partei mit ihrer Ohnmacht während mehrerer Jahre die schändliche und verheerliche Politik der

Komintern bezahlt, die geknüpft ist an das englisch-russische Komitee und dann an die „dritte Periode“. Diese Fehler waren besonders verderblich samentlich in England.

Jedesmal ist man aufs neue betroffen, welche schreckliche Last von Untertänigkeit, Konservatismus, Frömmigkeit, Ehrerbietung und Demut vor den Höheren, den Titeln, dem Reichtum, der Krone die englische Arbeiterklasse in ihrem Bewußtsein mit sich schleppt, die doch zu gleicher Zeit einer großen revolutionären Empörung fähig ist (Charakteristisches der Vorkriegsbewegung von 1911; die Bewegung nach dem Krieg; die Streikbewegung von 1926).

Das englische Proletariat, das älteste, am meisten der Tradition ergebene, in der Methode des Denkens am meisten rein erfahrungsmäßig urteilende, birgt gleichsam zwei Seelen in seiner Brust; es wendet den historischen Ereignissen gleichsam zwei verschiedene Physiognomien zu.

Die verachtete, käufliche, knechtische Bürokratie der Trade-Unionisten und der Labour-Party gibt all dem Ausdrück, was in der Arbeiterklasse an Ueberlebtem, Niedrigem, in vielem noch der Leibeigenschaft, dem Feudalismus Entstammendem vorhanden ist. Im Gegensatz dazu besteht die Aufgabe der Kommunistischen Partei darin, den potenziellen revolutionären Eigenschaften des englischen Proletariats Ausdruck zu geben, die sehr groß und tief sind, eine grandiose explosive Gewalt zu entfalten. Anstatt dessen hat, in einer überaus kritischen Periode der englischen Geschichte, in den Jahren 1925-27, die ganze Politik der britischen Kommunistischen Partei und der Komintern bestanden in einer sklavischen Anpassung an die tradeunionistischen Führer, in ihrer Idealisierung, in der Verdrückung ihrer Ver-

erwartete man diesen Schutz von Purcell, Zifrin und Cook, man nahm die kommunistische Partei den Schutz in ihre Hände gegen das „sozialfaschistische“ Proletariat. Und für diesen Schutz der USSR sammelte sie im Ganzen 70.000 Stimmen. Als die Linke Opposition den Bruch des schändlichen Blocks mit Purcell forderte, beschuldigte uns Stalin, daß wir nicht um den Schutz der USSR vor dem englischen Imperialismus besorgt sind. Jetzt kann man das Ergebnis feststellen: Niemand erwies dem verendenden englischen Imperialismus solche Dienste, wie die Stalinsche Schule. In der Tat, das Haupt dieser Schule verdient zwei Hosenbandorden!

Die englische Linke Opposition muß eine systematische Arbeit beginnen. Sie muß ihr Stab-Quartier errichten, sei

es auch nur ein ganz kleines, sie muß ihren Verlag gründen, sei er auch noch so bescheiden. Es bedarf einer beständigen, ununterbrochenen, folgerichtigen Arbeit der Analyse, der Kritik und der Propaganda. Man muß seine wenn auch in der ersten Zeit nur wenig zahlreichen Kadres heranbilden. Die grundlegenden Kräfte der Geschichte arbeiten für uns. Wenn in England, mehr als irgend wo sonst, der Kommunismus in sehr kurzer Zeit das Bewußtsein der breiten Massen des Proletariats beherrschen kann, so können innerhalb des Kommunismus in ebenso kurzer Frist die Ideen der Linken Opposition, d. h. die Ideen von Marx und Lenin die Vorherrschaft gewinnen.

Aufrichtig wünsche ich den englischen Freunden auf diesem Weg Erfolg.

# Probleme der spanischen Revolution

Von Kurt Landau.

(2. Fortsetzung.)

## 4. Theorie und Praxis der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern.

Auf dem 4. Weltkongreß der Komintern (November-Dezember 1922), am Vorabend der revolutionären Krise in Deutschland, trat im Namen der spanischen Partei der Delegierte Asovedo auf und wandte sich gegen die Auffassung, als ob zwischen der bürgerlichen Diktatur und der proletarischen eine Brücke, eine sogenannte „Arbeiter- und Bauernregierung“ geben könnte. Das Protokoll des IV. Weltkongresses verzeichnet: „Redner äußert sich abfällig über die Arbeiterregierung, als eine reformistische Illusion.“ (S. 44.)

Die Frage, ob in Spanien eine andere revolutionäre Macht als die proletarische Diktatur angestrebt werden könne, ist, wie wir sehen, schon vor 10 Jahren auf dem Weltkongreß der Komintern von den Vertretern der spanischen Partei abgelehnt worden. Also nicht bei der spanischen Partei lag und liegt die Verwirrung in dieser Grundfrage revolutionärer Strategie.

Es war der 4. Weltkongreß, der offiziell jene verhängnisvolle Revision in der Strategie der Komintern vornahm, die für die Entwicklung der Komintern von entscheidender Bedeutung wurde, indem er feststellte: „Die Arbeiter- und Bauernregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats, das ist klar. Sie ist einer der möglichen Übergangspunkte zu der Diktatur des Proletariats.“ (Radek, Protokoll des 4. Weltkongresses, S. 32. \*)

Sinowjew, der Vorsitzende der Komintern, der noch auf der erweiterten Exekutive, die dem 4. Weltkongreß voranging, festgestellt hatte: „Die Arbeiterregierung ist dasselbe wie die Diktatur des Proletariats. Sie ist ein Pseudonym der Sowjetregierung“ (Protokoll der erweiterten Exekutive S. 123), gab dem Druck des rechten Flügels, an dessen Spitze die Mehrheit der deutschen Delegation stand, nach und korrigierte sich auf dem 4. Weltkongreß in seinem Schlusswort:

„Ich bin gerne bereit, in diesem Streite um das Wort nachzugeben. Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung. Aber leider ist nicht jede Arbeiterregierung eine proletarische, eine sozialistische Regierung.“ (Protokoll des 4. Weltkongresses S. 50.)

Und nachdem Sinowjew vier Möglichkeiten einer Arbeiterregierung aufstellt, erklärt er wörtlich:

„Ein dritter Typus ist die sogenannte Koalitionsregierung, d. h. eine Regierung, in der Sozialdemokraten, Gewerkschaftsführer und vielleicht auch Kommunisten sitzen. Eine solche Regierung ist noch nicht die Diktatur des Proletariats. Sie ist vielleicht ein Ausgangspunkt zur Diktatur des Proletariats. Wenn alles gut geht, so werden wir aus einer solchen Regierung einen Sozialdemokraten nach dem anderen hinausbugsiern, bis die Macht in den Händen der Kommunisten bleibt.“ (Prot. S. 50/51.)

Gegen diese Auffassung ist mit aller Schärfe insbesondere Bordiga aufgetreten und das historische Recht war zweifellos — trotz aller seiner linken Fehler in den Fragen der Einheitsfronttaktik — in dieser Kardinalfrage auf seiner Seite, wenn er erklärte:

„Wenn aber dieser Ausdruck (Arbeiter- und Bauernregierung, Anm. K. L.) den Eindruck hervorruft“ soll, daß man die Macht auf anderem Wege, als durch den bewaffneten Aufstand erringen kann, dann weisen wir dieses taktische Mittel zurück.“ (Prot. S. 35.)

Der widerspruchsvolle und opportunistische Charakter der deutschen Linken (Maslow-Ruth-Fischer) kam bereits am 4. Weltkongreß darin zum Ausdruck, daß sie es nicht wagten, offen und klar gegen diese falsche Strategie anzukämpfen; ihre Rednerin, Ruth Fischer, hielt es für angebracht, über diese Frage zu schweigen und dafür eine Rede gegen die Einheitsfronttaktik zu halten!

Die österreichische Linke, der der Autor vorliegender Zeilen damals angehörte, hat sofort auf der Obmännerkonferenz der Parteiorganisation von Wien, auf der die Dele-

gierten der KPO, den Bericht vom 4. Weltkongreß erstatteten, gegen diese verhängnisvolle Wendung Front gemacht.

Ausgerüstet mit dieser Strategie ist die deutsche Partei 1923 gescheitert; indem die deutsche Parteileitung (Brandler, Thalheimer) nicht den Kurs auf die revolutionäre Machtergreifung einschlug, sondern, getreu den Auffassungen des 4. Weltkongresses, ihr Ziel darin erblickte, auf dem Wege der Landesarbeiterregierungen zu einer Reichsarbeiterregierung zu gelangen, aus der — nach dem Rezept von Sinowjew — die Sozialdemokraten „hinausbugsiert“ werden sollten — entmannte sie die deutsche Partei und verwarf sie die entscheidenden revolutionären Möglichkeiten. Fasziniert von dieser Illusion, erkannten sie nicht die Notwendigkeit, in der aufsteigenden revolutionären Krise die außerparlamentarischen Organe des revolutionären Kampfes (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Hundertschaften) in Organe des proletarischen Machtkampfes umzuwandeln (Sowjets), als der revolutionäre Aufschwung seinem Höhepunkt zueilte (Mai bis Juli 1923).

Das Abklingen der revolutionären Sturmflut, die Unmöglichkeit, im Oktober 1923 zum Machtkampf überzugehen, war kein objektiver Prozess, wie es Thalheimer und Brandler darstellten, sondern die unvermeidliche Reaktion auf die in der Wurzel falsche, die Massen entwaffnende Strategie der deutschen Partei, d. h. der Kominternführung.

Zur wirklichen Katastrophe aber hat dieser Kurs 1926/27 in China geführt. Schon der 4. Weltkongreß hatte festgestellt, daß die neue Strategie insbesondere für bäuerliche Länder von ausschlaggebender Bedeutung sei. In der demokratischen Revolution in China stand die Komintern 1926/27 vor der Entscheidung: entweder den Kurs auf die proletarische Hegemonie in der demokratischen Revolution einzuschlagen und gestützt auf das Kampfbündnis mit den Bauern die proletarische Diktatur zu verwirklichen, die vor den sozialistischen Ausgaben nicht Halt macht und dadurch die demokratische in die sozialistische Revolution überleitet oder aber um einer Koalition mit den Linksbürgerlichen, d. h. mit dem linken Flügel der Kuomintang willens als der China entsprechenden Form der Arbeiter- und Bauernregierung (oder, was dasselbe ist, demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern) auf diese selbständige und führende Rolle der Arbeiterklasse in der demokratischen Revolution zu verzichten.

Die Komintern, geführt von Stalin und Bucharin hat bekanntlich den zweiten Weg eingeschlagen. Um die Kuomintanglinken zu gewinnen, wurde selbst die konterrevolutionäre Rechte mit Tschankaischek an der Spitze bedingungslos unterstützt, die KP-Chinas zur Aufgabe jeder selbständigen Rolle gezwungen, jeder Versuch der Arbeiterklasse, ihre eigenen Klassenziele zu verfolgen, unterbunden, um die befreundete Kuomintang nicht abzuschrecken und schließlich bildeten die Kommunisten mit der linken Kuomintang gemeinsam die Regierung von Hankau und stellten sich (der Parteilührer Tang-Pin-Schan, der gleichzeitig Agrarminister der Hankaugovernment war) an die Spitze militärischer Strafexpeditionen gegen die Agrarrevolution! Der Versuch der Arbeiter, bewaffnet zu kämpfen (Schanghai), der Versuch Sowjets zu bilden, wurde von der Exekutive der Komintern verboten. Das Ende dieses Kurzes war die Niederwerfung der Arbeiter und Bauern, die entsetzliche Terrororgie der rechten und linken Kuomintang gegen die Kommunisten und der abenteuerliche Versuch der Exekutive der Komintern, durch einen dreitägigen, von Anbeginn aussichtslosen Machtkampf in Kanton von dem furchtbaren Zusammenbruch ihrer Strategie in China abzulenken.

Eine zehnjährige Erfahrung seit dem 4. Weltkongreß hat mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die „neue Strategie“, die die Linie des revolutionären Machtkampfes der Arbeiterklasse zu Gunsten parlamentarischer Kombinationen preisgab, die Komintern in den Abgrund führen muß, nachdem sie bereits zwei Revolutionen, eine in Europa (1923) und eine in Asien (1926/27) zugrunde gerichtet hat.

Wir wollen im folgenden Artikel untersuchen, wo wir die theoretische Quelle dieses Abgleitens der Komintern seit dem 4. Weltkongreß zu suchen haben und warum eine Arbeiter- und Bauernregierung (demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern) unmöglich ist.

(Fortsetzung folgt.)

Anstand im Dienst standen, wurden, weil sie sich der Direktion mißliebige gemacht haben, vom Verkehrsdienst abgezogen. Man will die Straßenbahner auf diese Art müde machen. Man will auf diese Art die neunste Stunde „freiwillig“ aufzwingen.

Die Christliche und Unabhängige Gewerkschaft schweigt; daraus müssen die Straßenbahner sehen, daß diese Gewerkschaften offene Helfershelfer der Straffeldirektion sind.

Die Freie Gewerkschaft hofft durch Unterschriften sammeln gegen diesen Terror anzukämpfen. Straßenbahner, mit „Unterschriftensammeln“, um beim Ministerium für soziale Verwaltung Einspruch zu erheben, kann man die Straffeldirektion nicht niederzwingen.

Verhindert das Inkrafttreten der Straffeldirektion Personalvertretungsvorschrift. Straßenbahner, geht in die Freie Gewerkschaft. Schafft eine revolutionäre Führung. Vor allem macht Schluß mit eurem Würstkelestandpunkt. Nur wenn ihr kämpft, wird diese Straffeldirektion niedergezogen werden.

## Die IBK Graz bekommt Appetit beim Essen.

In der letzten Zeit setzt der Unterstützungsraub wieder brutal ein. Viele melden sich beim Arbeitslosenamt zum Bezüge an und müssen 3, 4, 5, 7 Wochen lang auf ihre Unterstützung warten, dabei wird den meisten die Unterstützung abgelehnt. Nach dem AV-Gesetz müssen die Ausländer 30 Wochen die Arbeitslosenunterstützung bekommen. Es mehren sich aber die Fälle, daß man Ausländern entweder gar nichts gibt oder nur 12 Wochen, obwohl der Ausländer die Arbeitslosenversicherungsbeiträge leisten muß. Das nennt man Betrug. Man geht daran, bei Arbeitslosen, wo der Mann oder die Frau verdient, die Arbeitslosenunterstützung zu streichen, obwohl die vom AV-Gesetz geforderte Arbeitszeit vorhanden ist. Früher hat man auf 30 Wochen die Arbeitslosenunterstützung bewilligt und erst bei Übergang in den Notstand eingestellt, jetzt fühlt sich die IBK schon so stark, daß sie vorweg den Bezug ablehnt. Arbeitslose, Betriebsarbeiter, dieser Zustand kann nur ein Ende finden, wenn ihr den entschlossenen Kampf führt und die Einheitsfront schafft.

## Freunde und Abonnenten des „Mahnruf“

Die erhöhten Anforderungen, die der Kampf an uns stellt, erfordern auch die Mittel. Wir appellieren an die Abonnenten, ihre rückständigen Abonnements des letzten Vierteljahres einzulösen, resp. unseren Kassieren zu übergeben. Alle Freunde und Abonnenten des „Mahnruf“ mögen nach ihren Kräften für den Preßfonds spenden.

Die Verwaltung.

## Druckfehlerberichtigung

In Nr. 1 des „Mahnruf“ schlich sich im Artikel „Wir erstehen die revolutionäre Einheitsfront“ durch Weglassung einiger Worte ein, besonders sinnstörender Druckfehler ein. Es soll auf Seite 1, dritte Spalte, vierte Zeile richtig heißen: „drittens, allen revolutionären — Arbeitern zur Pflicht macht, innerhalb der — Gewerkschaften, auf dem Boden der tatsächlichen Einheitsfronttaktik, für den revolutionären Massenwiderstand im Sinne des Aktionsprogramms einzutreten.“ (Die zwischen den Gedankenstrichen stehenden Worte wurden durch Versehen weggelassen. Anm. d. Red.)

In Nr. 2, im Artikel „Österreich am Vorabend der Entscheidung“ soll es in der zweiten Spalte, letzter Absatz richtig heißen: „Der Zusammenstoß“; auf Seite 4, erste Spalte, vorletzter Absatz, soll es richtig: „Kampf b u n d nisse“ heißen. Im Artikel „Um das Erbe von Lenin und Luxemburg-Liebkecht“ soll es in der dritten Spalte, fünfter Absatz, richtig heißen: „die die Notwendigkeit der endgültigen Spaltung 1912 unterschätzen“.

## Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Stegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Thema: Wie wird die Einheitsfront geschaffen?

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

## Spendet Preßfonds!

### Graz

Zur Aufklärung. Wir stellen nachdrücklich fest, daß die Komm. Linksoption mit dem von Josef Mascher und Konrad Ortner gezeichneten, im Plattenbrüderjargon gehaltenen Schandflugblatt nichts gemein hat. Wir können leider nicht verhindern, daß diese Eggenberger G. m. b. H. den Namen der Komm. Linksoption zum Aufputz ihrer Skandageschichten gegen die KPO, mißbraucht.

Gegen die Gerüchtmacherel. Gen. Pflaibl ersucht um festzustellen, daß alle über ihn ausgestreuten Gerüchte, insbesondere, daß er zur KP übergetreten sei, falsch sind! Gen. Pflaibl steht am Boden der Kommunistischen Linksoption.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

## Was uns Arbeiter schreiben.

### Straßla wird immer frecher.

Seit dem Grazer Straßenbahnerstreik erlaubt sich die Straffeldirektion, die Angestellten aufs äußerste zu schikanieren und provozieren. Es wird nach Laune dieser Herren alles beseitigt, was im Gerüche steht, ein Vorteil für die Angestellten zu sein. So hat man die Personalvertretung und Disziplinvertretung aufgelöst und die Straßenbahner ihrer Vertretung beraubt. Die Christliche Personalvertretung ist nur ein Schein. Diese Söldlinge des Straffelds sind nur

Marionetten. Ihre einzige Tätigkeit besteht nur darin, klassenbewußte revolutionäre Arbeiter zu denunzieren. Die Disziplinarkommission besteht aus Straffelds, Direktoren Pajatzl und Behringer, H. Schuster und Hofr. Maracek. Es ist selbstverständlich, daß diese Kommission aufrechte Arbeiter kurzer Hand auf die Straße wirft. So kommt es vor, daß man gegen Hahnenschwänzer sehr wohlwollend vorgeht. Es wird mit zweierlei Maß gemessen. Das zeigt der Fall mit dem Hahnenschwänzer Gregl (Kommandant der Heimatschutzgruppe der Straßenbahner), der 7mal verschlafen hat. Andere Straßenbahner werden bei dem geringsten Vorfall vom Fahrdienst suspendiert und zum Wagenwaschen oder zum Verschiebedienst gestellt. Straßenbahner, die 30 Jahre ohne